

Schweizer, Fremde und Eingebürgerte

Die Abstimmung vom 1. Juni 2008 über die «Einbürgerungsinitiative» war Anlass für eine öffentliche Debatte rund um Themen wie nationale Identität und Souveränität, direkte Demokratie, Staatsbürgerschaft, kulturelle Zugehörigkeit, politische Rechte und soziale Teilhabe unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Dabei zeigt sich, dass zwei identitätspolitisch relevante Ebenen eng miteinander verzahnt sind bzw. sich überlagern. Einerseits geht es um die Frage der Einbürgerungswilligen, ihrer Herkunft und ihrer Selektion, andererseits um die Frage des Verfahrens und seiner Legitimität, bei der sich direkte Demokratie und das Prinzip politisch-administrativer Delegation entgegenstehen. Der Artikel gibt Einblick in die ersten Ergebnisse einer aktuellen Fallstudie zu dieser Thematik.

In den zeitgenössischen Debatten um gesellschaftliche Zugehörigkeit spiegeln sich Kräfteverhältnisse und Machtbeziehungen, die prototypisch im Akt der Grenzziehung selbst zum Ausdruck kommen: Wer eine Gruppe benennt, beteiligt sich massgeblich am gesellschaftlichen Konstruktionsprozess ebendieser Gruppe.

Als sozial konstruierte, historisch durchgesetzte und kulturell definierte Muster sind Identitäten immer auch ein Produkt gesellschaftlichen Ordners und Klassifizierens. Sie werden erst durch Diskurse geschaffen, repräsentiert und legitimiert. Sobald eine postulierte Grenze zwischen Drinnen und Draussen, «Wir» und «Andere» auch von jenen aufgegriffen und verwendet wird, die hierbei kategorisiert und klassifiziert werden, hat sich diese willkürlich «in die Welt gesetzte» gesellschaftliche Zuschreibung durchgesetzt und gerät zum «common sense of one's place». Hierbei wird nachhaltig Macht ausgeübt und Wirklichkeit aktiv gestaltet. Die gegenwärtig zu beobachtende Ethnisierung und Kulturalisierung gesellschaftlicher Debatten spiegelt sich auch in der anhaltenden Konjunktur des Begriffs der «Identität» wieder.

Wie die Definition von Zugehörigkeit selbst ist auch der Prozess ihrer wissenschaftlichen Beschreibung Teil gesellschaftlicher Ordnungspolitik und Machtausübung: Der heute verbreitete Begriff der Identitätspolitik etablierte sich im Gefolge der «neuen sozialen Bewegungen» (z. B. Bürgerrechtsbewegung, Frauenbewegung) zuerst in den USA. Neben der Forderung nach gleichen sozialen Rechten haben diese Gruppen vor allem ihren marginalen gesellschaftlichen Status gemein, der zum Ausgangspunkt ihrer politischen Mobilisierungsarbeit wird. Im politischen wie im philosophischen Diskurs bekommt der Begriff schon bald einen negativen Beiklang, weil er Festschreibungen auf spezifische Wesenszüge enthält. Davon unbelastet wird das Konzept der Identitätspolitik im Sinne einer «Politik der Anerkennung» im Rahmen einer breiteren Multikulturalismus-Debatte Anfang der 1990er-Jahre nach Europa importiert. Die inhaltliche Besetzung des Begriffs erfolgt hier situativ in Anpassung an die aktuellen politischen Fragen: Während «Identitätspolitik» mit Perspektive auf die europäische Einheit besonders innerhalb der EU als Möglichkeit gesehen wird, an der eigenen Geschichte zu arbeiten und/oder konstruktiv eine

gemeinsame Identität zu prägen, wird das Konzept in der Diskussion um den neueren Rechtspopulismus eher als gezielte politische Strategie der Abgrenzung gegen andere verstanden.

Einbürgerung und Identität

Gegen die Vorlagen zur erleichterten Einbürgerung im Jahre 2004 verwendete die Abstimmungswerbung den Begriff der «Masseneinbürgerung». Damit wurde ein sehr alter Topos eingesetzt, um Ängste zu schüren – die Angst vor der «Masse». Damit entspann sich auch eine Auseinandersetzung darum, welche Legitimation statistische Darstellungen beanspruchen können, die angeblich zeigten, die Schweiz werde von Einbürgerungsgesuchen überschwemmt. Freilich, diese Debatten finden auf einem unsicher werdenden Terrain statt; denn auch die vermeintliche Klarheit statistischer Objekte basiert auf einer Vielzahl von Annahmen, die in den Darstellungen selbst nicht sichtbar sind. Beispiel hierfür ist das Auftauchen neuer Begrifflichkeiten wie «Migrationshintergrund», «Eingebürgerte» oder «Secondos» in der öffentlichen Debatte. Es scheint, dass das Konstrukt «Bevölkerung» sich schon seit längerem zunehmend als klassifikatorisch instabil erweist. Die semantische und statistische Verflüssigung zentraler staatspolitischer Konzepte wie dem «des Ausländers» führt auch zu neuen Möglichkeiten, sie diskursiv zu besetzen, beschwört neue Kämpfe um Repräsentationen und Identitäten.

Begriffs- und Klassifikationspolitik

Mit Blick auf die Abstimmung vom 1. Juni 2008 kann das diskursive Deutungsangebot an gesellschaftlichen Identitäten rekonstruiert werden. In einem ersten Schritt wird aus der Perspektive der jeweiligen Positionen und Stellungnahmen von Parteien und anderen Akteuren im Diskurs ein «Inventar» der Identitätskategorisierungen und -typisierungen, gleichsam ein Glossar von sog. «mots pour dire l'identité», erstellt. Während sich die im Rahmen des Forschungsprojekts noch zu erarbeitende Gesamtanalyse auf eine umfassendere Materialsammlung erstrecken wird, beschränken wir hier unseren Blick auf einen kleinen, aber prominenten Teil des Diskursfeldes: auf die Perspektive der SVP, die besonders prägnant in deren Website zur «Einbürgerungsinitiative» zum Ausdruck kommt. Dort treten in der Rubrik *Darum geht es*¹ exemplarisch einige der zentralen Kategorien der Identitätspolitik der SVP hervor.²

Unterschiedliche Typen von Personen und Personengruppen werden genannt: *Schweizerinnen* und *Schweizer*, *Bürgerinnen* und *Bürger*, es wird in der *wir*-Form und von *uns* gesprochen, ferner gibt es *Eingebürgerte aus dem Balkan und der Türkei* so-

wie aus verschiedenen anderen Teilen der Welt, *Kriminelle* und *Sozialhilfemissbraucher*, *Ausländer*, *Asylsuchende* und *vorläufig Aufgenommene*; zudem ist die Rede von der *ständigen ausländischen Wohnbevölkerung*, von *eingebürgerten Ausländern* und vom *Volk*.

Diese unterschiedlichen Typen lassen sich entlang der Bedeutungs- und Kontrastdimensionen «Recht zur politischen Mitbestimmung» und «Herkunft» in drei Gruppen gliedern: Da ist erstens das *Volk*, die *Schweizer Bürgerinnen und Bürger*, die mit *uns* resp. *wir* als Schweizer Stimmberechtigte angesprochen werden. Zweitens gibt es die *Ausländer*, die sich aus den *Asylsuchenden*, den *vorläufig Aufgenommenen* und der *ständigen ausländischen Wohnbevölkerung* zusammensetzen und die alle weder politische Mitbestimmungsrechte haben, noch aus der Schweiz «stammen». Und schliesslich zieht sich durch alle Texte hindurch eine dritte Kategorie: die der *eingebürgerten Ausländer*. Neben den Eingebürgerten, die nach unterschiedlichen Herkunftsregionen ausgewiesen werden, umfasst diese Gruppe auch die ihr zugeschriebenen *Kriminellen* und *Sozialhilfemissbraucher*. Deutlich zeichnen sich nicht nur zwei Gruppen ab, das *Volk* und die *Ausländer*, sondern zusätzlich die dritte Gruppe der *eingebürgerten Ausländer*, welche an der «semantischen Schnittmenge» der oben erwähnten Dimensionen liegen: Sie können politisch mitentscheiden, bleiben aber *Ausländer*.

Eingebürgerte werden unter einer besonderen Perspektive dargestellt: Zum einen wird auf die *Sozialhilfemissbraucher* und die *Kriminellen* hingewiesen, welche nicht mehr aus der Schweiz ausgewiesen werden können. Im Text besonders hervorgehoben werden zum andern diejenigen *aus dem Balkan und der Türkei*. Schliesslich wird im Anschluss an diese Kategorie festgehalten, dass *ein grosser Teil davon Moslems* sind

¹Eigene Hervorhebungen werden in Anführungszeichen gesetzt, während Inhalte aus dem empirischen Material kursiv geschrieben werden.

²Weitere Akteure werden im Verlauf der Forschung ebenfalls unter die Lupe genommen.

und damit *aus uns fremden Kulturkreisen stammen. Kriminelle, Sozialhilfemissbraucher* und Eingebürgerte *aus dem Balkan und der Türkei* rücken so in eine semantische Nähe, werden gleichsam zu einer einzigen Figur.

Diese zugespitzte, problematisierende Schilderung geht mit der Nicht-Erwähnung verschiedener Aspekte einher: Erstens fällt auf, dass andere Attribute entlang der verwendeten Kontrastdimensionen (Kriminalität, Sozialhilfemissbrauch) fehlen: Es wird in den untersuchten Texten nirgends auf «nicht-kriminelle» oder «anständige» Eingebürgerte hingewiesen oder auf solche, die mit ihren Steuern den Schweizer Staat und seine Sozialhilfe finanzieren anstatt dieser *zur Last zu fallen*. Zweitens werden in Bezug auf die Herkunft Attribute erwähnt, die auf religiöse und kulturelle Fremdheit hindeuten; auch hier fehlen Attribute, die auf «kulturelle Nähe» oder «religiöse Gemeinsamkeiten» hindeuten würden. Drittens werden diese negativ und fremd konnotierten Attribute bei Schweizerinnen und Schweizern nicht erwähnt.

Bemerkenswert ist auch die Alltagsferne der Darstellung. Während in Zeitungsinseraten immer wieder Bezug auf konkrete kriminelle Handlungen von kurz vor der Einbürgerung stehenden Ausländern oder bereits Eingebürgerten hingewiesen wird, fehlt ein Bezug zu konkreten Ereignissen; zu solchen Ereignissen,

die als *kriminell* bewertet werden, aber auch zu solchen, die etwa als «beispielhaft» für «gelingendes Zusammenleben» gelten könnten. Ebenso fehlt ein spezifischer Bezug zu konkreten Praktiken des Alltagslebens, die darauf hindeuten könnten, weshalb denn *Moslems* oder *die kulturelle Fremdheit* im Alltag *zum Problem* werden könnten. Die problematisierende Charakterisierung der *eingebürgerten Ausländer* wird als etwas Abstraktes, für sich selbst Sprechendes postuliert.

Schliesslich wird auch nicht erklärt, wie das Resultat einer gelungenen Einbürgerung auszusehen hat oder was es braucht, um eine *Schweizerin* oder ein *Schweizer* zu sein resp. zu werden. Die vorwiegend verwendeten Etikettierungen *Kulturkreis, Religion, Kriminalität* und *Sozialhilfemissbrauch* eröffnen mögliche, aber nicht ausgesprochene Merkmale, was denn *Schweizer* und *Schweizerinnen* ausmacht. Mit Blick auf die Vielfalt an Sprachen und kulturellen Praktiken in der Schweiz verbleibt letztlich nur eine diffuse Vorstellung einer wie auch immer aussehenden, «nicht-muslimischen», «gesetzestreu» und «arbeitsamen» «Schweizer Eigenart» oder eines «Schweizerzertums». Darin, dass nicht ausdrücklich gesagt wird, was die Schweizer ausmacht bzw. was die Eingebürgerten im Alltag möglicherweise «fremd» erscheinen lässt, liegt also die Kraft dieser Argumentation. Die Figur des *eingebürgerten Ausländers* wird als generelles Problem- und Misstrauensmoment dargestellt.

Bildpolitik

Im Gegensatz zur Alltagsferne und der Unklarheit der Klassifikationen wirkt die eingesetzte Bildersprache relativ klar. Bilder besitzen den Vorteil, dass sie Präsenz schaffen, Vorstellungsräume, ohne dass diese begriffslogisch aufgelöst werden müssten, zum Beispiel über das Zeigen des schlimmen «Anderen»: verbildlicht als «schwarze Schäfchen», martialischer als Messer zückende Kriminelle oder in Form gierig zugreifender Hände. Diese Form der Verbildlichung von Differenz entlastet von der Schwierigkeit, Identität angesichts einer kom-

Franz Schultheis, Professor an der Universität St. Gallen leitet eine Forschungsgruppe, welche die Konstituierung von Diskursfeldern zum Thema Identitätspolitik aus sozialwissenschaftlicher Perspektive untersucht. Am Projekt beteiligt sind Florian Elliker und Patricia Holder (Universität St. Gallen), Arnaud Frauenfelder (Universität Genf) und Felix Keller (Universität Zürich).

Des Suisses, des étrangers et des naturalisés

plexen Gesellschaft überhaupt positiv zu bestimmen. Es ist deshalb bezeichnend, dass jene Partei, die am nachhaltigsten die helvetische Nationalgemeinschaft in Szene setzt, auch die einzige Partei ist, die über ein eigenes Bildprogramm verfügt. Sie besetzt geschickt ein vernachlässigtes Terrain: die Sichtbarkeit im öffentlichen Raum. Über Strategien visueller Performanz mittels Inseraten, vor allem aber mittels Plakaten verschafft sie sich eine für die Schweiz neuartige Form von Sichtbarkeit.

Noch vor einigen Jahren wurden beispielsweise Plakate als undienliches Mittel der politischen Propaganda betrachtet. Diese leere Stelle hat die SVP geschickt für ihr Bildprogramm und die visuelle Stilisierung ihrer Identität, die gleichzeitig die nationale Identität sein soll, genutzt. Sie greift dabei tief in die Motenkiste politischer Ikonographie, versieht die politischen Ikonen – etwa Tiere, Dolchstösse, zugreifende Hände – mit ihren eigenen Bedeutungsinhalten und markiert sie mit einer eigenen Ästhetik aus klaren Farben und karikaturenhafter, ja kinderbuchartiger Verniedlichung (Schäfchen, Ziegenbock Zottel). Sie setzt damit die «moralisch gerechte» Schweiz ins Bild, die geprellt wird von anonymen Kräften: der Justiz, den zahllosen Fremden, der politischen Klasse. Der verniedlichende, comicartige Stil der Bilder ermöglicht es so der Partei, «gefährliche» Bedeutungshorizonte gleichzeitig zu artikulieren wie in der Schwebelage zu halten, ohne dass dies strafrechtlich fixierbar wäre: Mehr noch, die Bilder als «rassistisch» zu bezeichnen, schlägt unversehens auf den Anklagenden zurück, der den entsprechenden Gehalt erst (über-)interpretieren muss und sich damit potentiell angreifbar macht. Die Bilder fungieren dabei eigentlich als «symbolische Fallen»: Jede Kritik an diesen multipliziert zugleich ihre Präsenz. Die politischen Gegner stehen also vor der Wahl, das Terrain der Bildpolitik ganz der SVP zu überlassen oder es zu kritisieren, was aber immer heisst, es noch nachhaltiger in die Köpfe zu bringen. Die Partei kann hierbei stets Harmlosigkeit zelebrieren: *Das Plakat zeigt halt, was wir befürchten*. Völlig entgegen der Erwartungen hat die SVP nun aber bei der vorliegenden Abstimmung ein schon verwendetes Plakat ins Spiel gebracht. Was bedeutet nun dies für die Bildpolitik im Hinblick auf die Identitätspolitik, wie sie im Vorfeld der Abstimmung zum Zuge kam?

La votation du 1er juin 2008 relative à l'initiative «Pour des naturalisations démocratiques» a fourni matière à débats sur des sujets tels que l'identité nationale et la souveraineté, la démocratie directe, la nationalité, l'appartenance culturelle, les droits politiques et la participation sociale de divers groupes de la population. Ce qui est particulièrement intéressant, c'est que pour cette votation, deux niveaux significatifs en matière de politique identitaire étaient imbriqués, respectivement se chevauchaient. Il s'agit d'une part de la question des candidats à la naturalisation, de leur origine et de leur sélection, d'autre part de la question de la procédure et de sa légitimité et ici, la démocratie directe et le principe de la délégation politico-administrative s'opposent.

Das Janusgesicht der Identitätspolitik

Dieser erste Einblick in ein laufendes Forschungsprojekt führt die wachsende Komplexität identitätspolitischer Fragen vor Augen. Hierbei erscheint v. a. das klassische Problem von «in group – out group» in einem neuen Licht. Wie die Debatten um die Einbürgerungspolitik verdeutlichen, griffen die Befürworter einer exklusiven Identitätspolitik systematisch zu einer Strategie des Misstrauens Stiftens, um ihren Forderungen Nachdruck zu geben. Interessanterweise verstärkten sich hierbei zwei Motive des Misstrauens wechselseitig: einerseits gegenüber den nach dem Schweizer Pass gierenden Massen von Fremden im eigenen Land, andererseits gegenüber der «entfremdeten» politischen Klasse in Bern. Die auf Vertrauen als Strategie der Unsicherheitsbewältigung setzenden Gegner hingegen waren da viel zurückhaltender, entwickelten keine eigene Bildpolitik und nur ansatzweise erkennbare identitätspolitische Gegendiskurse. Misstrauen scheint dank seiner stärkeren sozialpsychologischen Plausibilität besser für politische Anliegen nutzbar zu sein als Vertrauen.

Weitere Informationen: www.sfs.unisg.ch

